

Insolvenzen in Deutschland



 Jahr 2017

Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2017	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	3
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	5
1.4	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	6
1.5	Insolvenzen nach Rechtsformen	10
1.6	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	10
1.7	Regionale Insolvenzentwicklung	13
1.8	Großinsolvenzen	14
2	Schuldentragfähigkeit der deutschen Unternehmen	18
3	Zusammenfassung	25

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2017

Im Jahr 2017 ist die Zahl der Insolvenzen in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit 2003 gesunken. Insgesamt wurden von Januar bis Dezember 116.000 Insolvenzen verzeichnet (2003: 100.350; 2004: 118.260) – das war der siebte Rückgang in Folge. Im Vergleich zum Vorjahr (2016: 122.590 Insolvenzen) nahm die Zahl der Insolvenzen um 5,4 Prozent ab. Rückgänge von 6,3 bzw. 6,7 Prozent gab es sowohl bei den Unternehmens- als auch bei den Verbraucherinsolvenzen. Die sonstigen Insolvenzen, etwa ehemals Selbstständige oder Nachlasskonkurse, blieben weitgehend konstant (minus 0,3 Prozent).

*Insolvenzen in Deutschland:
niedrigster Stand seit 2003*

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen		sonstige Insolvenzen	
2008	155.910	- 5,4%	29.580	+ 1,5%	98.450	- 6,5%	27.880	- 8,0%
2009	162.870	+ 4,5%	32.930	+ 11,3%	100.790	+ 2,4%	29.150	+ 4,6%
2010	169.840	+ 4,3%	32.060	- 2,6%	109.960	+ 9,1%	27.820	- 4,6%
2011	159.580	- 6,0%	30.120	- 6,1%	103.250	- 6,1%	26.210	- 5,8%
2012	150.810	- 5,5%	28.720	- 4,6%	98.050	- 5,0%	24.040	- 8,3%
2013	141.590	- 6,1%	26.120	- 9,1%	91.360	- 6,8%	24.110	+ 0,3%
2014	135.020	- 4,6%	24.030	- 8,0%	86.460	- 5,4%	24.530	+ 1,7%
2015	127.570	- 5,5%	23.180	- 3,5%	80.220	- 7,2%	24.170	- 1,5%
2016	122.590	- 3,9%	21.560	- 7,0%	77.260	- 3,7%	23.770	- 1,7%
2017 *)	116.000	- 5,4%	20.200	- 6,3%	72.100	- 6,7%	23.700	- 0,3%

*) von Creditreform geschätzt

Wieder beschleunigt hat sich der Rückgang der Verbraucherinsolvenzen. Nachdem im Jahresvergleich 2015/2016 ein Minus von 3,7 Prozent zu Buche stand, verringerten sich die Verbraucherinsolvenzen im Jahresvergleich 2016/2017 fast doppelt so stark (minus 6,7 Prozent). Insgesamt wurden 72.100 Verbraucherinsolvenzen registriert (2016: 77.260).

Rückgang der Verbraucherinsolvenzen beschleunigt sich

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutschen Verbraucher blieben in den letzten zwölf Monaten unverändert günstig. Positiv entwickelte sich wei-

terhin der Arbeitsmarkt – und auch die Einkommen stiegen tendenziell weiter an. Trotz der Masseneinwanderung in den letzten Jahren nach Deutschland nahm die Arbeitslosenzahl weiter ab (Oktober 2017: 2,389 Millionen; minus 151.000 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat). Nach wie vor ist ein fester Arbeitsplatz der Garant dafür, dass Überschuldungsprozesse und letztlich eine Privatinsolvenz vermieden werden können. Die Tariflöhne stiegen real, so dass Verbraucher tendenziell eventuell bestehende Verbindlichkeiten weiter bedienen bzw. abbauen konnten und so gar nicht erst in harte Überschuldungsprozesse hineingerieten. Auch blieb das Finanzierungsumfeld für die Verbraucher weiter günstig, so dass Umschuldungen die finanziellen Belastungen reduzieren konnten.

*Nur noch halb so viele
Unternehmensinsolvenzen
wie 2003*

Weiter rückläufig ist das Insolvenzgeschehen bei den Unternehmen. 20.200 Unternehmensinsolvenzen wurden für das Jahr 2017 registriert. Der Rückgang zum Vorjahr (2016: 21.560) beträgt 6,3 Prozent und ist damit ähnlich stark wie im Vorjahr (minus 7,0 Prozent). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte damit unter der Ägide der Insolvenzordnung von 1999 einen neuen Tiefststand. Im Vergleich zum bisherigen Höchstwert der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland (2003: 39.470) liegt der aktuelle Wert um fast die Hälfte niedriger. Das letzte Mal wurde im Jahre 1994 eine geringere Zahl an Unternehmensinsolvenzen gezählt (18.820) – damals noch unter der Konkursordnung.

Die positive Entwicklung ist auf das bereits seit langem anhaltende gute konjunkturelle Umfeld zurückzuführen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes lag zuletzt im 3. Quartal bei kräftigen 0,8 Prozent (gegenüber Vorquartal). Die Unternehmen profitieren vor allem von der Binnennachfrage und melden in der Breite gute Wirtschaftsdaten – so zuletzt auch in der Creditreform Analyse „Creditreform Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand“. In Teilbereichen, wie beispielsweise bei älteren Unternehmen, entwickelten sich die Insolvenzzahlen allerdings gegen den allgemeinen Trend. Auch die Insolvenzen von ehemals

Selbstständigen vollziehen, wie bereits in den Vorjahren, nicht die allgemein positive Entwicklung nach. Zudem führten Großinsolvenzen auch in diesem Jahr wieder zu einem hohen Schadenvolumen.

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die Unternehmensinsolvenzen verursachten im aktuellen Jahr Schäden von insgesamt 26,6 Mrd. Euro. Damit bleibt die Schadenssumme vergleichsweise hoch, trotz des weiter rückläufigen Insolvenzgeschehens in Deutschland. So erreichten die Insolvenzscha­den in etwa wieder das Vorjahresniveau (27,5 Mrd. Euro). Vor allem sehr große Unternehmensinsolvenzen, wie zuletzt die der Fluggesellschaft Air Berlin in diesem Sommer, treiben die Gesamtschadenssumme hoch. Mit der Größe eines Unternehmens korrespondiert, dass die Insolvenzscha­den überdurchschnittlich groß sind, wenn das insolvente Unternehmen bereits älter war bzw. wenn es sich um Kapitalgesellschaften (z. B. GmbH, AG) handelt. Auf fast 1 Mio. Euro beläuft sich somit die mittlere Schadenssumme je Insolvenzfall. Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, dass laut Umsatzsteuerstatistik ein Unternehmen in Deutschland im Durchschnitt einen Jahresumsatz von rund 2 Mio. Euro erzielt.

Gläubiger müssen ihre Forderungen meist abschreiben

Tab. 2: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	je Insolvenzfall (in Euro)	öffentliche Hand	Gesamt
2008	21,0	710.000	8,0	29,0
2009	63,8	1.937.000	15,1	78,9
2010	22,9	714.000	9,2	32,1
2011	15,4	511.000	6,1	21,5
2012	26,2	912.000	12,3	38,5
2013	18,9	724.000	8,0	26,9
2014	18,8	782.000	7,3	26,1
2015	13,1	565.000	6,5	19,6
2016	19,6	909.000	7,9	27,5
2017 *)	18,9	935.000	7,7	26,6

*) von Creditreform geschätzt

Da ein Teil der Forderungen von den Gläubigern verspätet oder gar nicht angezeigt werden, könnte die tatsächliche Schadenssumme im Sinne von Forderungsverlusten höher sein. Gleichzeitig können Gläubigerforderungen im Verlauf des Insolvenzverfahrens ganz oder teilweise doch noch befriedigt werden. In den meisten Fällen dürften die Gläubiger jedoch weitgehend leer ausgehen, wie einschlägige Untersuchungen zeigen.

Das Statistische Bundesamt hat auf der Basis der 2015 abgeschlossenen Insolvenzverfahren und ihrer finanziellen Ergebnisse untersucht, wie hoch die Deckungsquoten waren und wie viel, in absoluten Zahlen, bei den Gläubigern von ihren Forderungen noch erzielt wurde. Bei den Insolvenzverfahren von Unternehmen betrug die Deckungsquote 3,9 Prozent, bei den Verbraucherinsolvenzen sogar nur 1,5 Prozent. Damit mussten in der Summe bei den Unternehmensinsolvenzen rund 2,9 Mrd. Euro abgeschrieben werden – bei den Verbraucherinsolvenzen waren es 3,7 Mrd. Euro. Hinzuzufügen ist, dass diese Quoten nur abgewickelte Verfahren betreffen. In der Hälfte der Fälle kommt es gar nicht erst zu einem Insolvenzverfahren – das Verfahren wird mangels Masse abgelehnt und der Gläubiger geht leer aus. Eine weitere Quelle für immense finanzielle Schäden ist im Zusammenhang mit Insolvenzdelikten zu sehen. Zu diesen gehören der Bankrott, die Verletzung der Buchführungspflicht, die Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung und schließlich die Insolvenzverschleppung. Gegen den Trend hat die Zahl dieser Fälle 2015 um 3 Prozent zugenommen – 11.153 Fälle, d. h. fast die Hälfte aller Insolvenzen.

Der Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG), der im Insolvenzfall die betriebliche Altersvorsorge übernimmt, hat den Beitragssatz für seine Mitgliedsunternehmen in diesem Jahr leicht von 0 auf 2 Promille erhöht, um die zu sichernden Renten und Anwartschaften bedienen zu können.

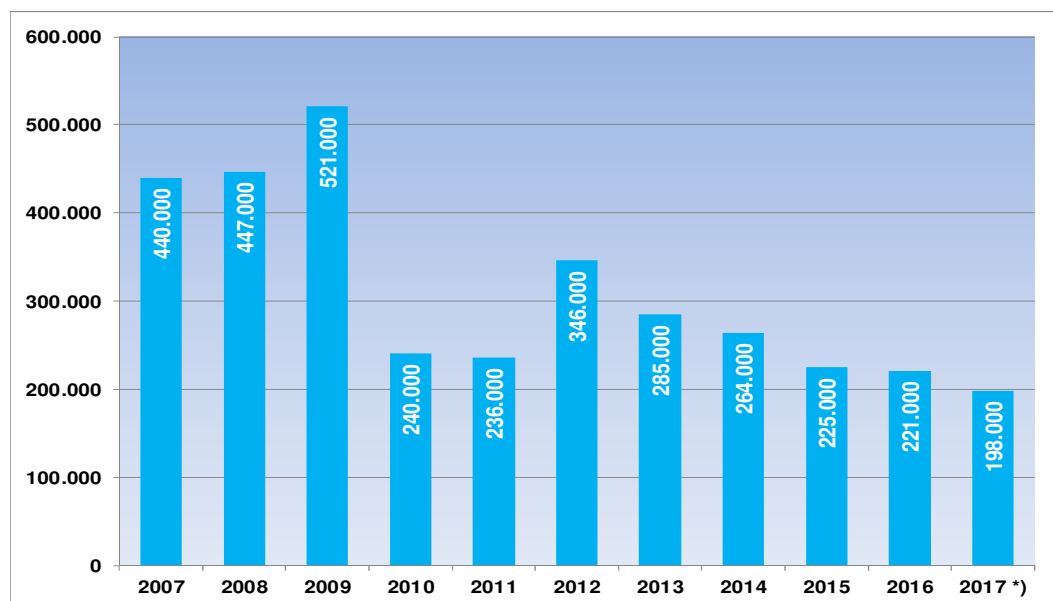
1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Die Insolvenz eines Unternehmens führt in der Regel auch zum Verlust (wenigstens eines Teils) der Arbeitsplätze. Neben den Arbeitnehmern in den insolventen Unternehmen sind zudem bei Zulieferern und Dienstleistern häufig weitere Stellen betroffen. Diese Größenordnung wird geschätzt. Auch im Vorfeld der Insolvenz sind oftmals bereits Arbeitsplätze abgebaut worden. Eine Analyse alleine dieses Stellenabbaus im letzten Jahr vor der Insolvenz auf Basis der Creditreform Datenbank ergab, dass sich dieser auf durchschnittlich 3 bis 5 Prozent des Personals beläuft.

*Insolvenzen kosten auch
Arbeitsplätze*

Durch die Insolvenzfälle im aktuellen Jahr sind so insgesamt schätzungsweise 198.000 Arbeitsstellen bedroht oder bereits weggefallen. Gegenüber dem Vorjahr (221.000 Arbeitsplätze) lagen die „Personalschäden“ um knapp zehn Prozent niedriger. Einen großen Anteil von nahezu drei Viertel an der Zahl der betroffenen Arbeitsplätze haben Kapitalgesellschaften bzw. deren Umfeld und die mit ihnen verbundenen Firmen. Kapitalgesellschaften sind meist deutlich größer in Bezug auf Umsatz und Mitarbeiterzahl als ein durchschnittliches insolventes Unternehmen und eine Insolvenz verursacht entsprechend auch größere Schäden.

Abb. 1: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland



*) von Creditreform geschätzt

1.4 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Immer mehr ältere Unternehmen in der Insolvenzstatistik

Die Veränderungen in der Altersstruktur der deutschen Unternehmen (weniger Gründungen) spiegeln sich auch im Insolvenzgeschehen wider. So erhöhte sich der Anteil der über zehnjährigen Unternehmen am Insolvenzgeschehen auf aktuell 44,2 Prozent (Vorjahr: 41,3 Prozent). Gerade bei älteren und eigentlich etablierten Unternehmen ist ein Anstieg der Insolvenzzahlen zu verzeichnen. So gab es zuletzt Zuwächse in der Altersgruppe „13 bis 14 Jahre“ (plus 8,4 Prozent), „17 bis 18 Jahre“ (plus 3,4 Prozent) und „über 20 Jahre“ (plus 4,5 Prozent). Teilweise spiegelt sich in dieser Entwicklung der Gründungsboom der Jahrtausendwende und in den ersten Jahren der zurückliegenden Dekade wider. Damals war die Zahl der Neugründungen auch bedingt durch Marktliberalisierungen deutlich höher als derzeit, somit sind die entsprechenden Alterskohorten auch heute noch stärker besetzt. Die Folge ist, dass die Zahl der Insolvenzen bei den über zehn Jahre alten Unternehmen bei einem insgesamt deutlich rückläufigen Insolvenzgeschehen faktisch unverändert auf dem Vorjahresniveau liegt.

Tab. 3: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2017

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	2.300 (2.650)	11,4 (12,3)	- 13,2
3 bis 4 Jahre	2.790 (3.260)	13,8 (15,1)	- 14,4
5 bis 6 Jahre	2.440 (2.910)	12,1 (13,5)	- 16,2
7 bis 8 Jahre	2.100 (2.110)	10,4 (9,8)	- 0,5
9 bis 10 Jahre	1.640 (1.720)	8,1 (8,0)	- 4,7
11 bis 12 Jahre	1.390 (1.570)	6,9 (7,3)	- 11,5
13 bis 14 Jahre	1.290 (1.190)	6,4 (5,5)	+ 8,4
15 bis 16 Jahre	910 (970)	4,5 (4,5)	- 6,2
17 bis 18 Jahre	910 (880)	4,5 (4,1)	+ 3,4
19 bis 20 Jahre	730 (760)	3,6 (3,5)	- 3,9
über 20 Jahre	3.700 (3.540)	18,3 (16,4)	+ 4,5

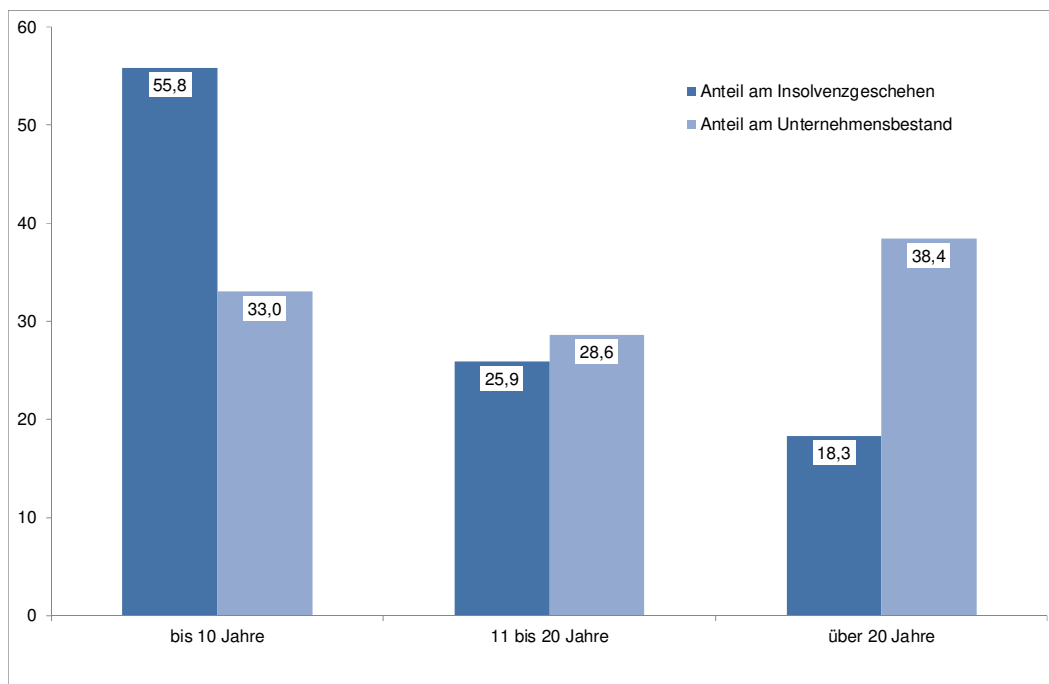
() = Vorjahresangaben

Das seit Jahren rückläufige Gründungsgeschehen führt wiederum dazu, dass auch in diesem Jahr die

Insolvenzen von jungen Unternehmen abnehmen. Hierbei zeigen sich Rückgänge vor allem bei Unternehmen, die in den letzten sechs Jahren gegründet wurden (minus 13,2 bis minus 16,2 Prozent). Zum einen kommt hierbei der reine Mengeneffekt zum Tragen, da einfach weniger Unternehmen das Insolvenzpotenzial bilden können und zum anderen dürfte auch ein Qualitätseffekt eine Rolle spielen, da Notgründungen bei einer sehr günstigen Arbeitsmarktlage seltener ausgeführt werden und somit nicht oder nicht gut vorbereitete Gründungsprojekte in den letzten Jahren ausblieben.

*Weniger Gründungen =
weniger Insolvenzen*

Abb. 2: Insolvenzen nach Unternehmensalter



Quelle: Creditreform

Trotz der Insolvenzentwicklung hin zu älteren Unternehmen ist die relative Insolvenzbetroffenheit im Sinne der Insolvenzanfälligkeit weiterhin deutlich geringer. Das trifft insbesondere für die mehr als 20 Jahre alten Unternehmen zu. Bei einem Anteil von über 38 Prozent am Unternehmensbestand in Deutschland machen diese Unternehmen lediglich 18,3 Prozent aller registrierten Insolvenzen im Jahr 2017 aus. Faktisch umgekehrt ist das Verhältnis bei jüngeren Unternehmen (bis zu zehn Jahre alt).

Im Rückblick zeigt sich gegenüber dem Jahr 2014 – damals wurde die feinere Untergliederung der Altersklassen erstmals verwendet – ein Anstieg der Insolvenzen vor allem bei den älteren Unternehmen mit mehr als 20 Jahren Marktzugehörigkeit. Deren Anteil am Insolvenzgeschehen nahm in dieser vergleichsweise kurzen Frist um mehr als drei Prozentpunkte zu (2014: 15,2 Prozent; 2017: 18,3 Prozent). Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der eher jungen Unternehmen im Alter von unter zehn Jahren deutlich von 60,3 auf 55,8 Prozent.

Tab. 4: Unternehmensinsolvenzen 2017 nach Beschäftigtenzahl

■	Deutschland
1 – 5 Personen	82,7 (81,9)
6 – 10 Personen	7,8 (8,0)
11 – 20 Personen	4,8 (5,0)
21 – 50 Personen	3,1 (3,3)
51 – 100 Personen	0,9 (1,1)
> 100 Personen	0,7 (0,7)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

Insolvenzgeschehen wird immer kleinteiliger

Bestätigt hat sich auch im Jahr 2017 der Trend hin zu einem kleinteiligen Insolvenzgeschehen. Größtenteils spiegeln sich auch hier – wie bei den Altersgruppen – die Veränderungen der Unternehmensstruktur in Deutschland wider. Ein größerer Teil der Unternehmen kommt ohne Mitarbeiter aus bzw. nur mit wenig Personal. Zu finden ist diese Entwicklung u. a. im Handwerk mit einem steigenden Anteil an sogenannten „Ein-Personen-Unternehmen“. Entsprechend fielen auch wieder mehr Unternehmen als im Vorjahr in die kleinste Größenklasse. Bei 82,7 Prozent der insolventen Unternehmen waren maximal fünf Personen tätig (Vorjahr: 81,9 Prozent).

Tab. 5: Unternehmensinsolvenzen 2017 nach ausgewählten Beschäftigtengrößenklassen u. Wirtschaftsbereichen

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
21 – 50 Personen	10,0 (11,2)	2,9 (3,2)	2,0 (2,0)	2,7 (2,7)
51 – 100 Personen	4,4 (4,9)	0,6 (0,7)	0,5 (0,5)	0,7 (0,9)
> 100 Personen	4,1 (3,6)	0,1 (0,2)	0,4 (0,5)	0,5 (0,4)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

Für ausgewählte Größenklassen zeigen sich zum einen Unterschiede in den Hauptwirtschaftsbereichen, zum anderen differenzierte Entwicklungen im zeitlichen Ablauf. So kommen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe auch größere Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten zu Fall (2017: 4,1 Prozent aller Fälle in diesem Wirtschaftsbereich), während es im Baugewerbe in dieser Größenklasse faktisch keine Insolvenzen gab. Zudem wurde ein leichter Anstieg der Großinsolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe sowie auch im Dienstleistungsgewerbe registriert.

Tab. 6: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2017 *) für Deutschland in Mio. Euro

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	6.160 (5.840)	30,5 (27,1)	+ 5,5
> 0,1 – 0,25	4.420 (4.690)	21,9 (21,8)	- 5,8
> 0,25 – 0,5	3.170 (3.660)	15,7 (17,0)	- 13,4
> 0,5 – 5,0	5.580 (6.310)	27,6 (29,3)	- 11,6
> 5,0 – 25,0	710 (880)	3,5 (4,1)	- 19,3
> 25,0 – 50,0	80 (110)	0,4 (0,5)	- 27,3
> 50,0	80 (70)	0,4 (0,3)	+ 14,3

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben

Unterteilt nach Umsatz finden sich größere Rückgänge im Mittelstand in den Größenklassen 5,0 bis 25,0 Mio. Euro (minus 19,3 Prozent) und 25,0 bis 50,0 Mio. Euro (minus 27,3 Prozent), während es bei Großunternehmen mit mehr als 50,0 Mio. Euro Jahresumsatz einen Zuwachs gab (plus 14,3 Prozent). In absoluten Zahlen machen Großinsolvenzen allerdings nur einen ganz geringen Teil des jährlichen Insolvenzgeschehens aus. Da dominieren weiterhin Kleinstinsolvenzen.

Weniger Insolvenzen im Mittelstand

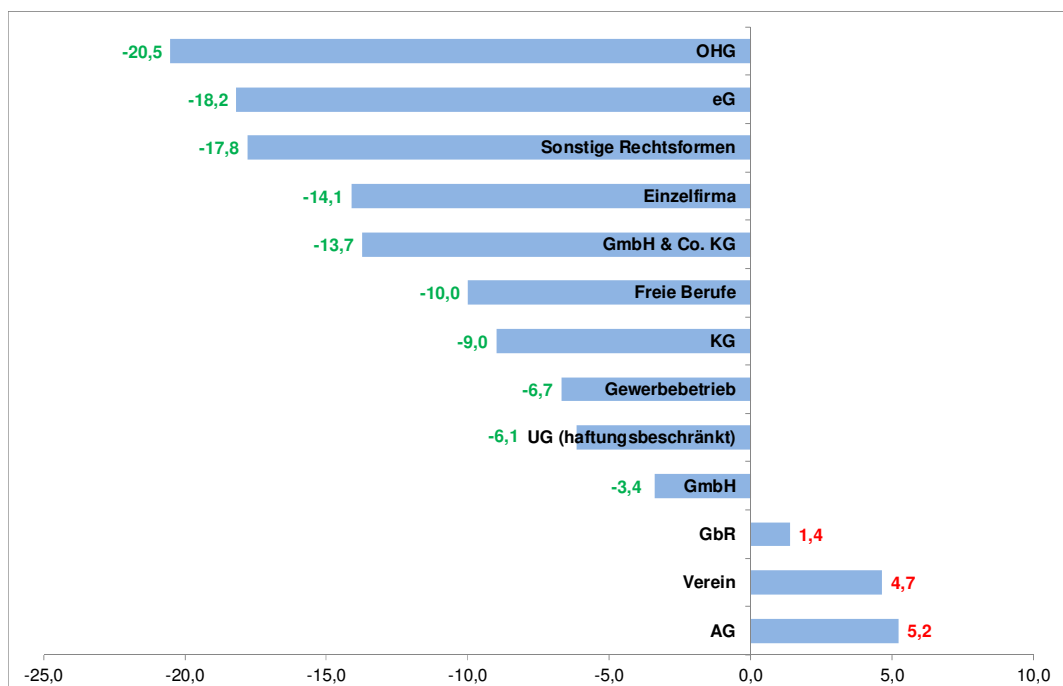
1.5 Insolvenzen nach Rechtsformen

Mehr Aktiengesellschaften betroffen

Auch bei einem insgesamt rückläufigen Trend der Unternehmensinsolvenzen in den letzten zwölf Monaten gibt es doch unterschiedliche Entwicklungen, wie der Blick auf die Rechtsformen zeigt: So verzeichnen drei Rechtsformen (AG, e.V. und GbR) leichte Zuwächse im Vergleich zum Jahr 2016. Gleichwohl blieb die Zahl der Fälle, absolut gesehen, in diesen drei Rechtsformen vergleichsweise gering.

Nur unterdurchschnittlich fiel der Rückgang der Insolvenzmeldungen in den Rechtsformen GmbH und UG (haftungsbeschränkt) aus. Deutlich weniger Insolvenzfälle als im Vorjahr gab es hingegen in den Rechtsformen OHG und eG. Auch die im Mittelstand verbreitete Rechtsform GmbH & Co. KG verzeichnete einen deutlichen Rückgang der Insolvenzen.

Abb. 3: Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen, Veränderung 2016/2017



1.6 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen kam es zu einem Rückgang der Insolvenzen. Überdurchschnittlich ausgeprägt war dieser im Verarbeitenden Gewerbe

(minus 13,9 Prozent), gefolgt vom Baugewerbe (minus 11,7 Prozent). Da die Zahl der Insolvenzen im Dienstleistungssektor und im Handel nicht so deutlich abnahmen, erhöhte sich der Anteil dieser Wirtschaftsbereiche am gesamten Insolvenzgeschehen, so dass mittlerweile 77,8 Prozent aller Insolvenzen im deutschen Unternehmenssektor aus dem Handel oder dem Dienstleistungsgewerbe stammen (Vorjahr: 76,1 Prozent). In absoluten Zahlen hat das Dienstleistungsgewerbe die meisten Insolvenzen zu verzeichnen: 11.420 waren es im aktuellen Jahr, 11.930 im Jahr zuvor.

Handel und Dienstleistungen dominieren das Insolvenzgeschehen

In den letzten zehn Jahren sank die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe um 57 Prozent, im Baugewerbe um die Hälfte, im Handel um immerhin noch 44 Prozent und im Dienstleistungsgewerbe aber nur um 35 Prozent.

Tab. 7: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2017 *)

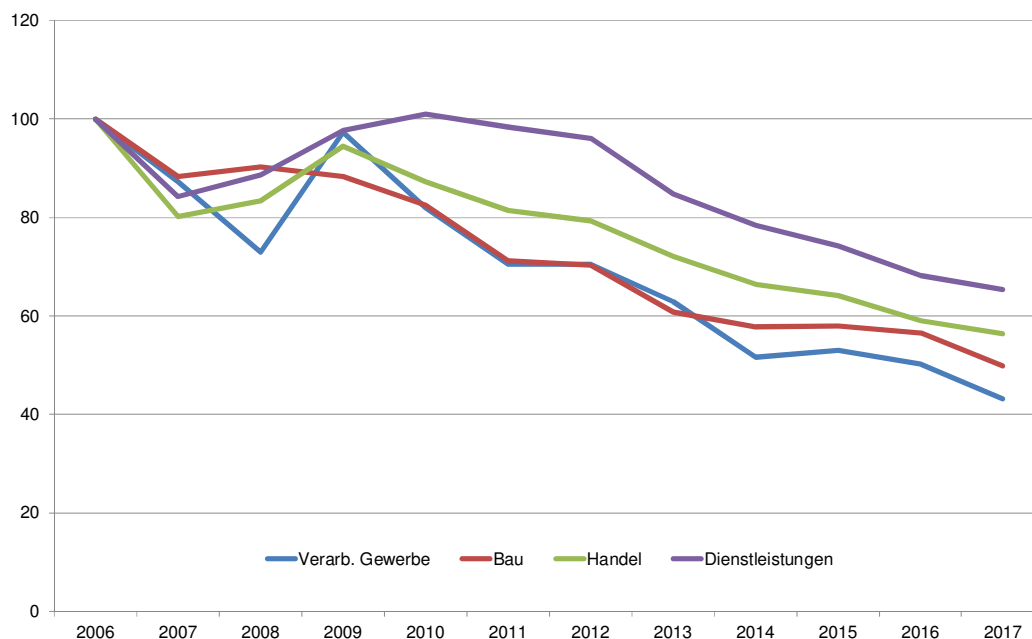
■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gewerbe	1.490 (1.730)	7,4 (8,0)	- 13,9
Bau	3.010 (3.410)	14,9 (15,8)	- 11,7
Handel	4.280 (4.490)	21,2 (20,8)	- 4,7
Dienstleistungen	11.420 (11.930)	56,6 (55,3)	- 4,3

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Die deutliche Entspannung des Insolvenzgeschehens in Deutschland spiegelt sich bei der Entwicklung der Insolvenzen in den vier Hauptwirtschaftsbereichen seit 2006 gut wider. Allerdings treten dabei auch die Unterschiede deutlich zu Tage. So setzte die Positiventwicklung im Dienstleistungsgewerbe erst später ein, während im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe seit 2010 und im Baugewerbe bereits seit 2009 die Insolvenzzahlen zurückgingen. Im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich das Insolvenzgeschehen vor allem in den letzten drei Jahren nochmals deutlich, während es im Zeitraum 2010 bis 2013 eine nahezu gleichlaufende Entwicklung mit dem Baugewerbe gab.

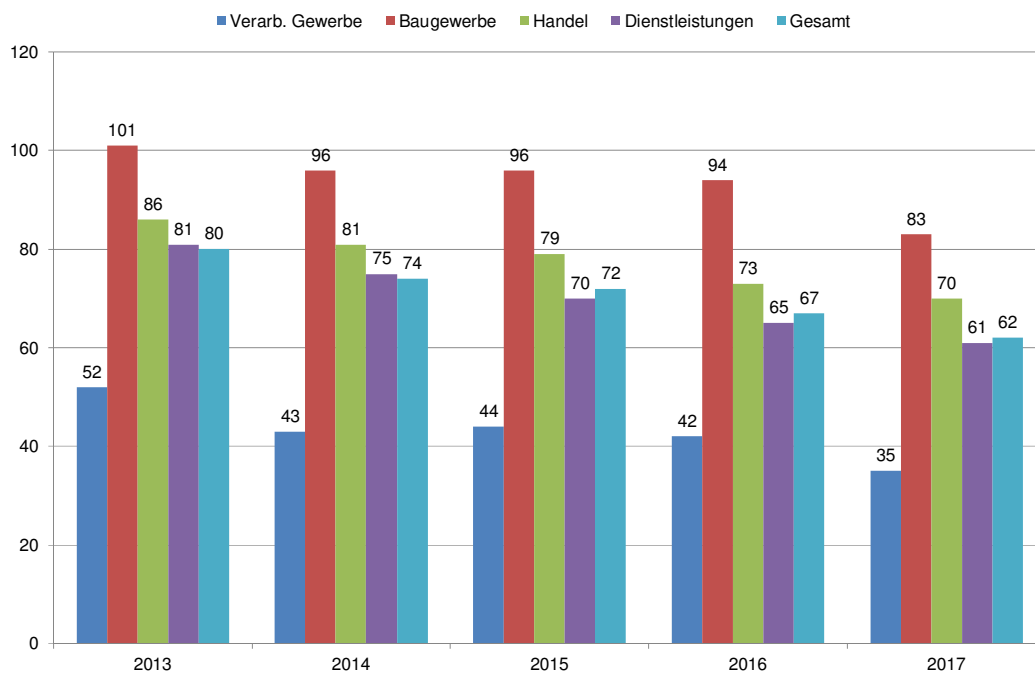
Langfristig Entspannung in allen Wirtschaftsbereichen

Abb. 4: Entwicklung der Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen *)



*) Index (2006 = 100); Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Abb. 5: Insolvenzquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland *)



*) Anzahl Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

Die Insolvenzquote in Deutschland bei den Unternehmen ist auch im Jahr 2017 weiter gesunken. Auf 10.000 Bestandsunternehmen kamen 62 Insolvenzen (Vorjahr: 67). In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen vollzieht sich ein Rückgang, auch an der Reihenfolge hat sich zuletzt nichts geändert. Am geringsten ist die Insolvenzquote im Verarbeitenden Gewerbe (2017: 35), am höchsten im Baugewerbe (2017: 83).

In einer tieferen Untergliederung in Einzelbranchen mit mindestens 1.000 Bestandsunternehmen zeigen sich durchaus weiter bestehende Insolvenzgefahren. Zutreffend ist das insbesondere im Bereich der Abbrucharbeiten. Aber auch Umzugstransportunternehmen und die getränkegeprägte Gastronomie zählen zu den Branchen mit einer überdurchschnittlich hohen Insolvenzgefährdung.

Tab. 8: Risikobehaftete Branchen („Top Ten“)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Abbrucharbeiten	598
Umzugstransporte	479
sonstige getränkegeprägte Gastronomie	475
sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	460
private Wach- und Sicherheitsdienste	425
Bars	408
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	408
allgemeine Gebäudereinigung	391
Imbissstuben u. ä.	389
Schankwirtschaften	388

In die Analyse einbezogen wurden nur Branchen mit mindestens 1.000 Betrieben.

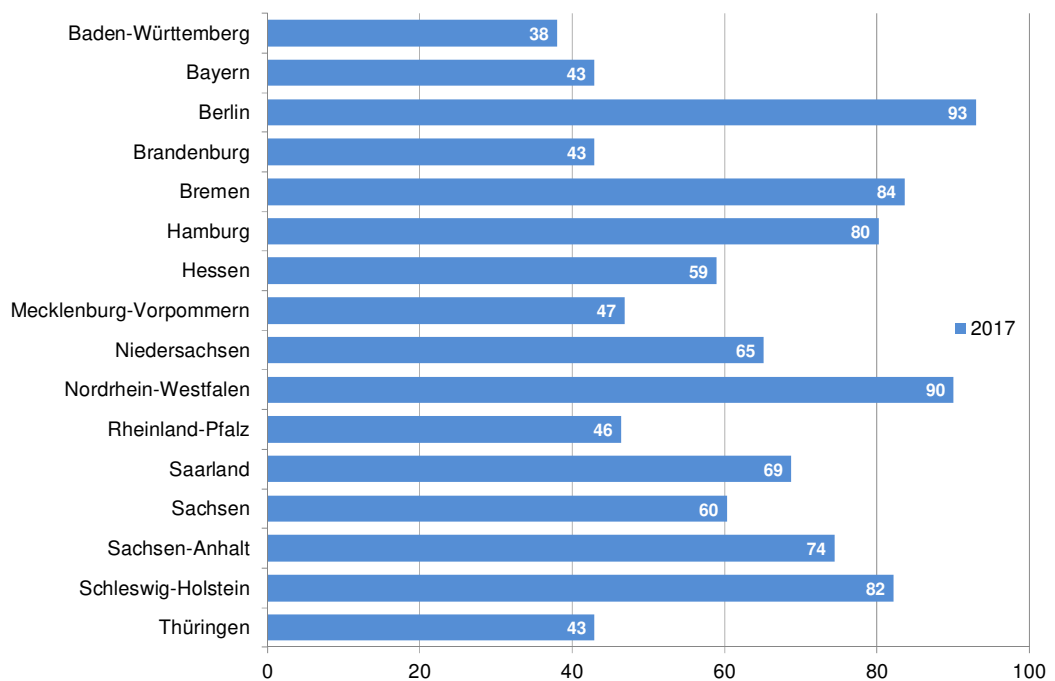
1.7 Regionale Insolvenzentwicklung

Das Insolvenzgeschehen bei den Unternehmen stellt sich regional recht unterschiedlich dar. Die Abbildung zeigt die Insolvenzquoten nach Ländern und stellt somit die Insolvenzbetroffenheit dar. Länder mit einer hohen Insolvenzquote wie Berlin oder Nordrhein-Westfalen weisen demnach vergleichsweise instabile Unternehmen auf. Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich Rückgänge insbesondere in den Stadtstaaten

*Regional unterschiedliche
Insolvenzquoten*

Bremen und Hamburg, aber auch in den östlichen Flächenländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie im Saarland. Einen Anstieg der Insolvenzbetroffenheit gab es aktuell lediglich in Berlin. Die niedrigste Insolvenzquote weist erneut Baden-Württemberg auf, gefolgt von Bayern, Brandenburg und Thüringen.

Abb. 6: Insolvenzquoten nach Bundesländern 2017 *)



*) Anzahl Insolvenzen je 10.000 Unternehmen

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

1.8 Großinsolvenzen

Das Insolvenzjahr 2017 wurde ohne Zweifel dominiert von der Air-Berlin-Pleite. Der jahrelange Sinkflug endete schließlich im Sommer mit einem harten Aufprall. Mit mehr als 8.600 betroffenen Beschäftigten ist die Insolvenz der Fluggesellschaft eine der größten in Deutschland in den letzten Jahren. Das 1978 gegründete Unternehmen Air Berlin (Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG) hatte jahrelang Verluste erwirtschaftet, allein im letzten Jahr waren es rund 780 Mio. Euro. Auch die Flugkunden hatten sich mehr und mehr von dem Unternehmen abgewendet. Schließlich stellte der Hauptaktionär die Finanzierung ein. Zwischenzeitlich unterstützte der Bund die Fluggesellschaft mit einem Überbrückungskredit von 150 Mio. Euro, damit der

Flugbetrieb für einige Wochen aufrechterhalten werden konnte. Mit dem Wettbewerber Lufthansa werden Gespräche über die Übernahme der meisten Vermögenswerte geführt.

Im Jahr 2017 blieb es nicht bei dieser einen Großinsolvenz. Auch für weitere namhafte bzw. – gemessen an der Größe – bedeutende Unternehmen kam das Aus. Anfang Juni wurde das Insolvenzverfahren über den Personaldienstleister TEMPTON Holding GmbH und die verbundene Personaldienstleistungen GmbH mit Hauptsitz in Essen eröffnet. Das Verfahren wird in Eigenverwaltung zusammen mit einem Sachwalter durchgeführt. Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen fast 6.000 Mitarbeiter und rund 80 Niederlassungen bundesweit.

Nun traf es auch den Küchenhersteller ALNO AG aus Baden-Württemberg – weltweit eine Branchengröße. Nach der Insolvenzmeldung im Juli sollte zunächst ein Investor für das Traditionsunternehmen mit rund 2.200 Mitarbeitern gefunden werden. Die Suche blieb jedoch erfolglos. Nun dürfte der Insolvenzverwalter die ehemals börsennotierte Firma zerschlagen. Ende November wurde der Geschäftsbetrieb endgültig eingestellt. Die Insolvenz kam nicht ganz überraschend. Seit Jahren häuften sich die Verluste.

Zu einer Großpleite kam es auch in der Schifffahrt: Die Hamburger Großreederei Rickmers, eine weltweit agierende Holding mit mehreren Dutzend Tochtergesellschaften stellte am Hamburger Amtsgericht einen Insolvenzantrag, nachdem die Hausbank den Kreditantrag zurückgewiesen hatte. Im September kam nun die Meldung, dass die Reederei offenbar doch eine Zukunft hat. Ein Investor will das Kerngeschäft übernehmen. Zuletzt beschäftigte das Unternehmen rund 2.200 Mitarbeiter. Allerdings werden sich die Gläubiger wohl auf herbe Verluste einstellen müssen.

Einen ersten Dämpfer erhielten in diesem Jahr sogenannte Crowdfunding-Investments und deren Anleger. Neben dem kleinen Bahn-Wettbewerber locomore war auch ein Berliner Immobilienprojekt betroffen –

eine neue Realität für die noch junge Branche. Das Aus kam zudem für den einstigen deutschen Facebook-Konkurrenten StudiVZ. Im September meldete der Betreiber Insolvenz an.

Tab. 9: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2017

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Air Berlin, Berlin	Durchführung von Linien-, Charter- und sonstigen Flügen im gewerblichen Luftverkehr sowie das Luftfrachtgeschäft.	8.656
	TEMPTON Personaldienstleistungen GmbH, Essen	Die Erbringung von Personaldienstleistungen mit dem Schwerpunkt der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung, Arbeits- und Personalvermittlung und Personalberatung..	6.000
	ALNO AG, Pfullendorf	Zurückliegend Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von sowie der Handel mit Einrichtungsgegenständen aller Art, insbesondere Möbeln und Möbelteilen, Haus- und Küchengeräten einschließlich Einbaugeräten für Küchen, insbesondere unter der Verwendung der eingetragenen Marke ALNO.	2.200
	Rickmers Holding AG, Hamburg	Das Halten von Beteiligungen an anderen Gesellschaften, insbesondere Gesellschaften im Schifffahrtsbereich, sowie der Erwerb und Betrieb von Seeschiffen, wie auch das Management bei Seeschiffen einschließlich des Seefrachtgeschäfts und damit verbundener Dienstleistungen,.	2.193
	SolarWorld AG, Bonn	Geschäftsschwerpunkte sind die Produktion und der internationale Vertrieb von hochwertigen Solarstromanlagen – von der Dachanlage bis hin zu Komponenten für Freiflächensolarparks. Die Anwendung der Produkte erfolgt sowohl im netzgekoppelten als auch im netzfernen Bereich.	1.850
	REGE Motorenteile GmbH, Hörselberg-Hainisch	Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Fahrzeug- und Motorenteilen aller Art sowie die Beteiligung an Unternehmen, die Fahrzeug- und Motorenteile entwickeln, herstellen und vertreiben.	1.000
	Butlers GmbH & Co. KG, Köln	Einzel- und Großhandel mit Haushaltswaren und Geschenkartikeln sowie zum Zwecke der Tätigkeit als Franchisegeber auf diesem Gebiet.	900
	Schneider Versand GmbH, Wedel	Versandhaus für Warenprämien und Werbegeschenke, auch unter dem Logo Discovery. Es wird u. a. im Auftrag für Großverlage, Buchclubs und Bausparkassen gearbeitet, die Firma führt eigene Importe und Handelsgeschäfte durch.	667
	Gebr. Sanders GmbH & Co. KG, Bramsche	Betrieb einer Weberei und Färberei; Erzeugnisse: Inlett, Einschütte, technische Gewebe, Gewebe für die Oberbekleidung. Herstellung und Vertrieb von Artikeln zum Schutz vor Elektromog unter der Bezeichnung "Simtex".	641
	matratzen direct AG, Köln	Herstellung und Vertrieb von Matratzen, Schonerdecken, Polster- und Wohnmöbel.	620

Quelle: Creditreform Datenbank

Die Pleite der SolarWorld AG vervollständigt die Liste der Großinsolvenzen in diesem Jahr. Seit einigen Jahren schon ist die Solarbranche in Deutschland in der Krise. Nach einem starken Wachstum aufgrund der

massiven staatlichen Förderung traf das Aufkommen der asiatischen Billig-Konkurrenz die Branche hart. Dem Preiskampf konnte auch ein Schwergewicht wie SolarWorld nicht standhalten, das im Hochlohnland Deutschland fertigte. Im Mai wurde schließlich für die AG und Tochtergesellschaften am Amtsgericht Bonn der Insolvenzantrag eingereicht. Rund 1.800 Beschäftigte waren hierzulande betroffen. Eine neu entstandene Gesellschaft unter dem Vorsitz des SolarWorld-Gründers Asbeck übernahm aus der Insolvenz heraus weite Teile der Vermögenswerte und auch der Verbindlichkeiten, allerdings nur einen kleinen Teil der Mitarbeiter. Bestehen bleiben wohl die Werke in Sachsen und Thüringen.

900 Beschäftigte waren von der Insolvenz des Handelsunternehmens Butlers GmbH & Co. KG betroffen. Europaweit hatte die Firma mit Sitz in Köln, die Wohnungsdekurationsartikel und Accessoires vertreibt, etwa 130 Filialen. Jahrelang war das Unternehmen stark gewachsen. Ende Januar dann wurde Insolvenzantrag gestellt. Ein erster Arbeitsplatzabbau und die Schließung unrentabler Läden folgten. Im September war das Insolvenzverfahren abgeschlossen und große Teile des Filialnetzes und der Belegschaft vorerst gerettet.

In die Insolvenz musste auch die REGE Motorenteile GmbH, ein Zulieferer für die Automobilindustrie mit Sitz in Thüringen. Nach mehreren Eigentümerwechseln war das Unternehmen offenbar heruntergewirtschaftet. Die derzeit gute Auftragslage macht aber Hoffnung, dass das vor 30 Jahren gegründete Unternehmen mit derzeit etwa 1.000 Beschäftigten eine Zukunft hat. Die Investorengespräche seien auf einem guten Weg, hieß es zuletzt.

Im April stellte der Werbeartikel-Spezialist Schneider Versand GmbH mit Sitz in Wedel einen Insolvenzantrag. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Unternehmen etwa 670 Beschäftigte. Schon im Sommer konnte der Insolvenzverwalter den Verkauf an den bekannten Versender KLINGEL (K-Mail Order GmbH & Co. KG) melden.

■ 2 Schuldentragfähigkeit der deutschen Unternehmen

Auswirkungen der Niedrigzinsen

Die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) verfolgt auch das Ziel, durch günstige Finanzierungsbedingungen die Investitionsschwäche der Unternehmen zu überwinden. Derzeit spielt die gute Wirtschaftslage, in Deutschland in Form der kräftigen Binnenkonjunktur, den Unternehmen in die Hände. Zum einen liefern die mit niedrigen Kreditzinsen finanzierten Investitionen gute Erträge, zum anderen fällt es den Unternehmen vergleichsweise leicht, ihrem Schuldendienst nachzukommen. Die Erträge aus dem operativem Geschäft, mit denen u. a. Zinsen und Tilgungsleistungen bestritten werden müssen, sprudeln, wie einschlägige Analysen zeigen (siehe u. a. Creditreform: „Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand“).

Aber: Eine verstärkte Schuldenaufnahme zur Finanzierung von Investitionen ist auch problematisch zu sehen, zumal trotz insgesamt rückläufiger Verschuldungskennzahlen der Unternehmen in Deutschland traditionell mehrheitlich Fremdkapital zur Unternehmensfinanzierung genutzt wird. Im Durchschnitt sind, insbesondere im Mittelstand, rund zwei Drittel der Vermögenswerte mit Fremdkapital finanziert.

Schuldentragfähigkeit unter die Lupe genommen

An dieser Stelle stellt sich die Frage: Ist die (weitere) Schuldentragfähigkeit überhaupt gegeben, insbesondere, wenn mittelfristig das allgemeine Zinsniveau wieder steigt? Versicherer, Pensionskassen, auch private Banken leiden unter den Niedrigzinsen. Teilweise bedrohen diese Entwicklungen ganze Geschäftsmodelle. Irgendwann wird auch der politische Druck auf die EZB zunehmen, insbesondere aus dem Norden des Eurolandes. Die Folgen: Die Zinsen müssen wieder steigen. Zudem könnte sich auch die Wirtschaftslage wieder verschlechtern. Ein steigendes Zinsniveau sowie auch eine Eintrübung der Ertragssituation würden die Fähigkeit der Unternehmen belasten, dem Schuldendienst regelmäßig nachzukommen. Kurz: Die Schuldentragfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist auf den Prüfstand zu stellen.

Herangezogen wird hierfür die zentrale Kennzahl des Zinsdeckungsgrades (*interest cover*). Diese Kennzahl definiert sich aus dem Quotienten des operativen Ergebnisses (EBIT) und der (jährlichen) Zinsaufwendungen. Damit überprüft diese Analyse, ob ein Unternehmen die Fremdkapitalzinsen aus dem eigenen operativen Geschäft finanzieren kann.

Üblicherweise wird die Schuldentragfähigkeit als gegeben angesehen, wenn der Zinsdeckungsgrad den Wert 1 übersteigt. Bei Werten von unter 1 bzw. sogar unterhalb von 0,5 reichen die operativen Erträge nicht mehr aus, um die Fremdkapitalzinsen aus der Unternehmenstätigkeit zu bezahlen. Bei einer Zinserhöhung wird das betreffende Unternehmen nicht nur unter der gestiegenen Zinslast ächzen, sondern zudem kaum mehr finanzielle Mittel für Zukunftsinvestitionen parat haben. Besonders gefährdet sind Unternehmen, die eine niedrige Eigenkapitalquote bzw. eine hohe Verschuldung aufweisen sowie Unternehmen mit einer schwachen Rentabilität (z. B. negative oder niedrige EBIT-Marge). Welche Unternehmen (Wirtschaftsbereiche, Unternehmensgrößenklassen) sind überproportional häufig in dieser Gruppe zu finden? Was würde geschehen, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere die Finanzierungsbedingungen – verändern? Auch das soll im Folgenden untersucht werden.

Datenbasis für die Analyse sind die Jahresabschlüsse von etwa 7.400 deutschen Unternehmen in der Creditreform Bilanzdatenbank aus allen Wirtschaftsbereichen und Unternehmensgrößenklassen. Die Analyse beschränkt sich auf fremdfinanzierte Unternehmen. Dabei wurden die entsprechenden Werte für den operativen Gewinn (EBIT) und die Zinsaufwendungen über drei Jahre (2014 bis 2016) gemittelt, um „Ausreißer-Jahre“ zu glätten.

Mit Hilfe dieser Datengrundlage wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen eine Zinsanhebung haben könnte. Höhere Fremdkapitalzinsen bedeuten selbst bei einem konstanten operativen Ergebnis und konstanter Kredithöhe eine steigende Zinsbelastung.

***Mit den operativen Erträgen
Kreditzinsen zahlen***

***Jahresabschlüsse sind die
Datenbasis – drei Szenarien
wurden untersucht***

Gefahr für die Unternehmensstabilität durch Zinsanstieg?

Eine zusätzliche Herausforderung wäre eine Verschlechterung der Ertragslage beispielsweise aufgrund einer Verlangsamung der Konjunktur. Um mögliche Auswirkungen zu betrachten, werden drei Szenarien untersucht.

Ausgehend von einer realistischen Ausgangssituation mit langfristigen Fremdkapitalzinsen von drei Prozent werden in einem ersten Szenario ein moderater (Szenario 1a: plus 1,5 Basispunkte) sowie in einem zweiten Szenario ein spürbarer Zinsschritt (Szenario 1b: plus drei Basispunkte) angenommen. In einem dritten Szenario wird zusätzlich zu einem leichten Zinsanstieg (plus 1,5 Basispunkte) von einer Ertragsverschlechterung um 20 Prozent ausgegangen (Szenario 2).

Zunächst aber zur Ausgangslage. Trotz der überaus günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland im Betrachtungszeitraum zeigen die Auswertungen auf Basis der Creditreform Bilanzdatenbank durchaus Schwachstellen im hiesigen Unternehmenssektor. Insgesamt muss für rund 15 Prozent der fremdfinanzierten Unternehmen konstatiert werden, dass die Schuldentragfähigkeit aktuell nicht ausreichend gegeben ist. Das heißt, zur Finanzierung der Kreditzinsen reicht der operative Gewinn allein nicht aus. Entweder, weil die Unternehmen auch in der aktuellen Konjunkturphase (Zeitraum 2014 bis 2016) Verluste erwirtschaftet haben oder weil die erwirtschafteten Erträge bei weitem nicht genügen, um die Kapitalzinsen zu bedienen.

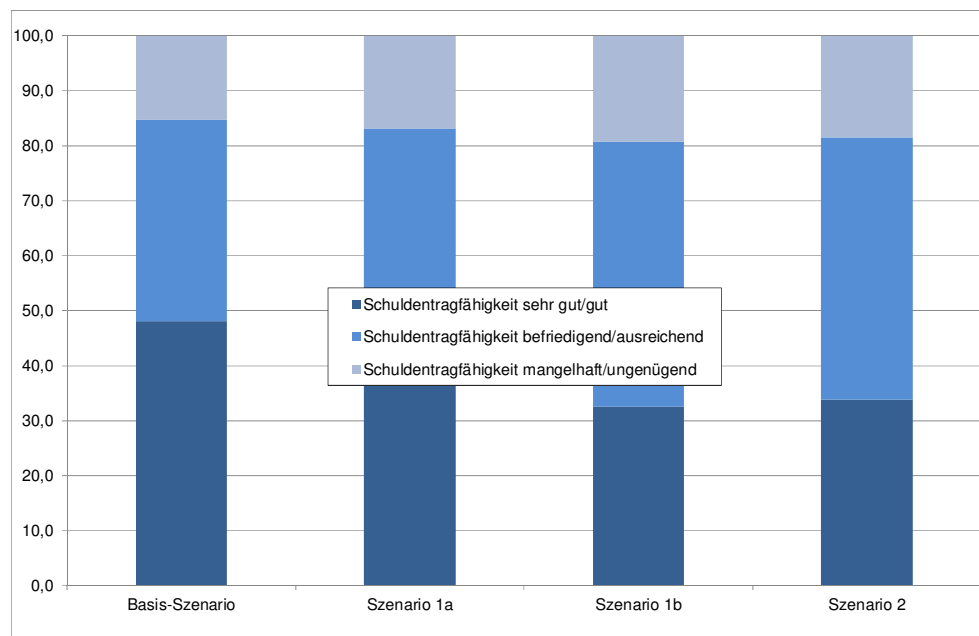
Zudem zeigt sich, dass eine schwache Zinsdeckung häufig einher geht mit einem höheren Verschuldungsgrad und mithin einer geringeren Eigenkapitalquote als der Durchschnitt.

Nun weist eine schwache Zinsdeckung allein noch nicht auf eine akute Unternehmenskrise hin. Sie zeigt aber an, dass diese Unternehmen von Veränderungen am Fremdkapitalmarkt stark abhängig sind bzw. über einen gewissen Zeitraum kaum die notwendige Rentabilität besitzen, um sich zu refinanzieren. Unter diesen Bedingungen und in dieser Unternehmensgruppe ist

eine höhere Ausfallgefährdung zu vermuten. Insbesondere dann, wenn sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Negativen verändern.

Bei einem Zinsdeckungsgrad von 5 oder höher (Quotient aus EBIT und Zinsaufwendungen) wird dem Unternehmen eine sehr gute/gute Schuldentragfähigkeit bescheinigt. Aktuell (im Basisszenario) trifft das auf knapp die Hälfte (48,1 Prozent) der untersuchten Unternehmen zu. Diese Firmen erwirtschaften einen operativen Gewinn, der deutlich (mehr als das Fünffache) über den jährlichen Zinsaufwendungen liegt. Würde es zu steigenden Zinsen kommen, würde sich dieser Anteil aber spürbar verringern; und zwar auf 38,4 Prozent (Szenario 1a) bzw. 32,6 Prozent (Szenario 1b) oder auf 33,8 Prozent (Szenario 2). Entsprechend wäre die Schuldentragfähigkeit bei einer zunehmenden Zahl an Unternehmen nur noch als befriedigend oder ausreichend zu bezeichnen.

Abb. 7: Schuldentragfähigkeit deutscher Unternehmen



Angaben in Prozent der Unternehmen

Ein moderater Zinsanstieg für langfristiges Fremdkapital um 1,5 Punkte (Szenario 1a) würde ceteris paribus die Schuldentragfähigkeit verringern und den Anteil der Unternehmen, die keine adäquate Zinsdeckung erreichen, um 1,5 Prozentpunkte ansteigen lassen.

*Verminderte
Schuldentragfähigkeit*

Eine Verdopplung des aktuellen Zinsniveaus für langfristiges Fremdkapital auf sechs Prozent (Szenario 1b) würde den Anteil der Unternehmen mit einer mangelhaften Zinsdeckung auf fast ein Fünftel (19,3 Prozent) ansteigen lassen. Annahmegemäß blieben hierbei die Ertragskraft und der Fremdkapitalanteil zunächst unverändert. Ein betroffenes Unternehmen könnte aber beispielsweise mit dem Verkauf von Vermögenswerten seine Schuldenlast und damit auch die Zinslasten reduzieren.

Kommt zu dem Anstieg der Fremdkapitalzinsen eine Ertragsverschlechterung hinzu (Szenario 2), dürften vermehrt Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die verminderte Ertragskraft stellt sich in dem Modellszenario allerdings als nicht so schwerwiegend heraus wie ein deutlicher Zinsschritt. Eigenkapitalstarke Unternehmen sowie solche mit hoher Rentabilität (hoher Gewinnmarge) sind zudem hierbei im Vorteil und können eine Verschlechterung der Konjunktur besser abfedern.

Tab. 10: Schuldentragfähigkeit deutscher Unternehmen „mangelhaft/ungenügend“ in verschiedenen Szenarien

■	<i>Basis-Szenario</i>	Szenario 1a	Szenario 1b	Szenario 2
Gesamtwirtschaft	15,4	16,9	19,3	18,5
Verarb. Gewerbe	15,9	17,1	19,2	18,5
Baugewerbe	9,2	9,9	12,5	11,7
Handel	9,7	10,8	12,6	11,8
Dienstleistungen	18,7	20,9	23,4	22,6
Sonstige	14,1	15,3	18,4	17,4
KMU *)	15,5	16,8	19,0	18,5
Großunternehmen **)	17,4	19,2	21,3	21,0
Nord-Bundesländer	16,0	17,6	20,2	19,2
Süd-Bundesländer	14,7	16,2	18,3	17,8

Angaben in Prozent der Unternehmen

*) max. 43 Mio. Euro Bilanzsumme; **) über 500 Mio. Euro Bilanzsumme

Bei einer Untergliederung des deutschen Unternehmenssektors erkennt man bereits in der Ausgangslage Unterschiede in der Schuldentragfähigkeit. Demnach weist neben dem Dienstleistungsgewerbe auch das

Verarbeitende Gewerbe eine eher verminderte Schuldentragfähigkeit im Sinne eines hohen Anteils an Unternehmen mit einem niedrigen Zinsdeckungsgrad auf. Auch regional existieren Unterschiede: In den südlichen Bundesländern Deutschlands¹ sind die Unternehmen offenbar in einer komfortableren Lage. Auch zwischen den Unternehmensgrößenklassen sind Unterschiede festzustellen; unter dem Strich ist die Zinsbelastung im Mittelstand geringer.

Süddeutschland bei Zins-schritt besser gewappnet

Tab. 11: Schuldentragfähigkeit deutscher Unternehmen „mangelhaft/ungenügend“ in verschiedenen Szenarien

■	<i>Basis-Szenario</i>	Szenario 1a	Szenario 1b	Szenario 2
Gesamtwirtschaft	15,4	+ 1,5	+ 3,9	+ 3,1
Verarbeit. Gewerbe	15,9	+ 1,2	+ 3,3	+ 2,6
Baugewerbe	9,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,5
Handel	9,7	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,1
Dienstleistungen	18,7	+ 2,2	+ 4,7	+ 3,9
Sonstige	14,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 3,3
KMU *)	15,5	+ 1,3	+ 3,5	+ 3,0
Großunternehmen **)	17,4	+ 1,8	+ 3,9	+ 3,6
Nord-Bundesländer	16,0	+ 1,6	+ 4,2	+ 3,2
Süd-Bundesländer	14,7	+ 1,5	+ 3,6	+ 3,1

Abweichung gegenüber Basisszenario in Prozentpunkten

*) max. 43 Mio. Euro Bilanzsumme; **) über 500 Mio. Euro Bilanzsumme

Die Veränderungen der Schuldentragfähigkeit bei Veränderungen in der derzeitigen Ausgangslage, gemäß den drei betrachteten Szenarien, stellen sich in den einzelnen Segmenten der deutschen Wirtschaft folgendermaßen dar:

Bei einem moderaten Zinsanstieg um 1,5 Punkte und unveränderter Konjunktur (Szenario 1a) steigt bereits bei nicht wenigen Unternehmen die Zinsbelastung über ein gesundes Maß hinaus an. Gesamtwirtschaftlich erhöht sich der Anteil der Unternehmen, die keine adäquate Zinsdeckung mehr erreichen, um 1,5 Prozentpunkte. Im Dienstleistungsgewerbe ist der Anstieg mit plus 2,2 Prozentpunkten am größten, im Baugewerbe

Bereits ein moderater Zins-schritt belastet das Dienstleistungsgewerbe

¹ Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen

werbe mit plus 0,7 Punkten am geringsten. Regional differenziert, sind hingegen kaum Unterschiede feststellbar. In beiden Teilräumen ist mit einer Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit in einer ähnlichen Größenordnung zu rechnen (Süd-Bundesländer: plus 1,5 Prozentpunkte; Nord-Bundesländer: plus 1,6 Prozentpunkte im Vergleich zur Ausgangslage). Großunternehmen wären aufgrund einer höheren Verschuldung wohl stärker als der Mittelstand von einer Erhöhung der Kreditzinsen betroffen.

Ein noch deutlicherer Zinsschritt (Szenario 1b) würde die Zinslasten für die deutsche Wirtschaft folgerichtig weiter ansteigen lassen. Offenbar ist die Verschuldung der Unternehmen und mithin deren Zinsbelastung in Teilbereichen weiterhin erheblich, so dass ein merklicher Anstieg der Kreditzinsen zu spürbaren Verschlechterungen der Unternehmensfinanzierung und möglicherweise der Unternehmensstabilität führen würde. Um bis zu 4,7 Prozentpunkte (Dienstleistungsgewerbe) würde der Anteil der Unternehmen ohne ausreichende Zinsdeckung ansteigen. Aber auch für die sonstigen Wirtschaftsbereiche (plus 4,3 Prozentpunkte) und die Nord-Bundesländer (plus 4,2 Prozentpunkte) wäre eine merkliche Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit zu konstatieren. Die Unterschiede würden sich sogar zu Ungunsten der Nord-Bundesländer vergrößern. Vergleichsweise wenig wäre dagegen die Finanzkraft im Handel in Mitleidenschaft gezogen. Der Anteil der Unternehmen, die eine zu geringe Zinsdeckung aufweisen, würde lediglich um 2,9 Prozentpunkte im Vergleich zum Basisszenario steigen.

Verdopplung des Zinsniveaus träge viele Bereiche hart

Mix aus steigenden Zinsen und Konjunkturschwäche ist Gift für Großunternehmen

Im Szenario 2, das neben einer moderaten Zinserhöhung auch eine Verschlechterung der konjunkturellen Lage als Gewinnrückgang simuliert, wird die Schuldentragfähigkeit ebenfalls deutlich negativ beeinflusst. Wenngleich nicht in dem Ausmaße wie bei einer Verdopplung des Zinsniveaus. In den einzelnen Teilbereichen ist u. a. erkennbar, dass Großunternehmen von einer langsameren Konjunkturerwicklung in Verbindung mit wieder steigenden Zinsen stärker betroffen wären als kleine und mittlere Unternehmen. Der Anteil

der Unternehmen, deren Schuldentragfähigkeit dann bedroht wäre, würde um immerhin 3,6 Prozentpunkte ansteigen (gegenüber dem Basisszenario). Nach dem Dienstleistungssektor (plus 3,9 Prozentpunkte) wäre das der zweithöchste Anstieg. Auch im Mittelstand (plus 3,0 Prozentpunkte) würden mehr Unternehmen als im Ausgangsszenario unter den gestiegenen Zinslasten leiden und keine Zinsdeckung mehr erreichen.

■ 3 Zusammenfassung

Auch im Jahr 2017 ging die Zahl der Insolvenzen weiter zurück. Deutschlandweit wurden von Creditreform 116.000 Insolvenzfälle registriert (2016: 122.590). Das war der siebte Rückgang in Folge und ist gleichzeitig der niedrigste Stand seit 2004. Rückgänge gab es sowohl bei den Unternehmensinsolvenzen (minus 6,3 Prozent) als auch bei den Verbraucherinsolvenzen (minus 6,7 Prozent). So hatten im Jahresverlauf insgesamt 72.100 Verbraucher Insolvenz angemeldet (2016: 77.260). Gleichzeitig ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von 21.560 auf 20.200 zurückgegangen. Im Vergleich zum bisherigen Höchststand der Unternehmensinsolvenzen (2003: 39.470) haben sich die Fallzahlen fast halbiert. Zuletzt wurde vor 23 Jahren eine geringere Zahl an Unternehmensinsolvenzen registriert (1994: 18.820).

Der Grund für die rückläufige Entwicklung der Insolvenzzahlen waren die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Verbraucher und für Unternehmen. Die Arbeitslosenzahl ging zurück, die Einkommen stiegen tendenziell. Zudem waren die finanziellen Belastungen für Kreditnehmer durch preiswerte Finanzierungen und Umschuldungen geringer als in den Vorjahren. Die Unternehmen profitieren vor allem von der kräftigen Binnennachfrage und melden in der Breite gute Wirtschaftsdaten.

Auf fast 1 Mio. Euro beläuft sich die mittlere Schadenssumme je Insolvenzfall allein für die privaten Insolvenzgläubiger. Insgesamt lagen die Insolvenzscha-den bei Unternehmensinsolvenzen bei geschätzt 26,6 Mrd. Euro und damit knapp unter dem Vorjahreswert

(27,5 Mrd. Euro). In den insolventen Unternehmen sind rund 198.000 Arbeitsplätze weggefallen bzw. bedroht (Vorjahr: 221.000).

Die Veränderungen in der deutschen Unternehmensstruktur spiegeln sich auch in den Insolvenzen wider. Die geringen Gründungsaktivitäten in den letzten Jahren führten dazu, dass der Anteil älterer Unternehmen zunimmt. Aktuell machen Unternehmen im Alter von über zehn Jahren 44,2 Prozent aller Insolvenzen aus (Vorjahr: 41,3 Prozent). Mehr Insolvenzen waren vor allem bei 13 bis 14 Jahre alten Unternehmen zu verzeichnen sowie bei über 20 Jahre alten Betrieben. Die Insolvenzfälle von jungen Unternehmen nahmen hingegen ab.

Auch wenn die mediale Aufmerksamkeit in diesem Jahr vor allem den Großinsolvenzen gehörte (wie Air Berlin oder SolarWorld), es bestätigte sich der Trend hin zu immer kleineren Insolvenzen. Erneut entfiel wieder das Gros der Insolvenzen auf Kleinstfirmen. 82,7 Prozent der insolventen Unternehmen hatten maximal fünf Beschäftigte (Vorjahr: 81,9 Prozent). Unterteilt nach dem Jahresumsatz finden sich Rückgänge vor allem im Mittelstand (Umsatzgrößenklassen 5,0 bis 25,0 Mio. Euro und 25,0 bis 50,0 Mio. Euro), während es bei Großunternehmen mit mehr als 50,0 Mio. Euro Jahresumsatz mehr Insolvenzen gab.

Handel und Dienstleister dominierten im Jahr 2017 das Insolvenzgeschehen in Deutschland. Mittlerweile entstammen 77,8 Prozent – und damit die überwiegende Zahl aller Insolvenzen – dem Handel oder dem Dienstleistungsgewerbe (Vorjahr: 76,1 Prozent). Im Handel (minus 4,7 Prozent) und im Dienstleistungsgewerbe (minus 4,3 Prozent) gingen die Insolvenzzahlen absolut gesehen leicht zurück. Überdurchschnittlich stark ausgeprägt war der Rückgang der Insolvenzen aber im Verarbeitenden Gewerbe (minus 13,9 Prozent; 1.490 Fälle) und im Bausektor (minus 11,7 Prozent; 3.010 Fälle). Auf 10.000 Bestandsunternehmen kamen 62 Insolvenzen (Insolvenzquote). Am geringsten ist die Insolvenzquote im Verarbeitenden Gewerbe (2017: 35), am höchsten im Baugewerbe (2017: 83).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de
Internet: www.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2017, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 12. Dezember 2017

